

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresdener Verlagsanstalt mbH, Dresden-K. Schillerstraße und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 256. Vertriebsstelle: Dresden 18 000. Sprechstunden: Montag 10-18 Uhr alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr betriebl. und arbeitsrechtl. Fragen, Freitage 10-12 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 14. Oktober 1930

Nummer 240

Revolutionäre Sturmzeichen über dem Reichstag der Young-Republik

Kommunismus im Angriff / Hitlers Mannen als iname Youngnedchte gestellt / Lanzen unter Eugenbergs Peitsche
SPD-Führer in einer Front mit Nazis und den übrigen Bürgerlichen

Berlin, 13. Okt. (Eig. Bericht.)
Die Eröffnungssitzung des neuen Reichstages wurde zu einem historischen Ereignis ersten Ranges. 107 Nationalsozialisten zogen in Uniform unter Heilmanns in den Sitzungssaal, aber sie gingen heraus politisch geschlagen, gekennzeichnet als die elendste, gefaltete Unternehmerrgarde, als eine feige, korrupte, wortbrüchige Latenzbande.

Sie können ihres Wahlsieges nicht froh werden, diese Gesellschaft! — 107 Mann kamen sie an, in Uniform, mit großem Maul, aber nicht einmal einen einzigen Antrag wagten sie mitzubringen. Und als die Kommunisten die Hitler-Hochbeten-Mannchen vor wichtige Entscheidungen stellten, da lösten alle 107 Schwadronen wie die bedackten Vorkämpfer auf ihren Flügen!

Nach Beendigung der Namensaufrufung hatte sich für die kommunistische Fraktion Genosse Torgler zum Wort gemeldet, um unter klärenden Beifallstundgebungen der kommunistischen Abgeordneten zu beantragen, daß bereits am Dienstag die nächste Sitzung des Reichstages stattfinden soll. Für die Tagesordnung dieser Sitzung schlug Genosse Torgler vor, die

Veratung der Mißtrauensanträge gegen die Hungerdiktatur Brüning, die sofortige Aufhebung der Diktaturverordnungen, die Einstellung der Youngzahlungen, die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes und der Antia

sowie zwei Anträge, die die Beilegung der Schlichtungsauflösung und die Aufhebung des Berliner Metallarbeiterstreiks vorschlugen. Bei der Begründung dieser Anträge enthielt Genosse Torgler, daß die Nationalsozialisten gemeinsam mit den übrigen bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten die Dienstleistung ausfallen lassen wollen, weil sie gegenwärtig den elenden

Kuhhandel um den Präsidentenstuhl für wichtiger halten als die Not des werktätigen Volkes.

Da meldete sich der Nazi-Minister Fric zum Wort, um zu begründen, warum das Mißtrauensvotum gegen Brüning und

die Aufhebung der Notverordnung „keine Eile“ hat. Fric aber sollte kein blaues Wunder erleben. Minutenlang wurde er durch die Kommunisten am Reden gehindert. „Regerleuer-Fric“, „Young-Knecht“, „Unternehmerminister“ brüllte es aus den Reihen der Kommunisten. Fric konnte sich nicht durchsetzen. Auch seine Brauhernden wagten nicht, ihm Gehör zu verschaffen;

denn solidarisches Handeln die Kommunisten in Reich und Glied und schrien diesem Nazi-Minister, diesem geschworenen Arbeiterfeind die Wahrheit ins Gesicht. Fric mußte abtreten unter dem Beifall der Nazis und unter andauerndem Händeklatschen der Kommunisten.

(Fortsetzung Seite nächste Seite)

Unser erster Hieb gegen Young-Glaverei

Die gestrigen Reichstagsanträge der Kommunisten

Sofort bei Zulammentritt des Reichstages übergab Genosse Torgler dem Alterspräsidenten folgende kommunistischen Anträge:

Mißtrauensantrag gegen Brüning-Regierung

Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung Dr. Brüning besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.

Sofortige Aufhebung der Notverordnungen

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die Notverordnungen vom 26. Juli 1930 (RGBl. Nr. 31 vom 27. Juli 1930), enthaltend Beamtenopfer, Weidgensteuer, Kopf- und Gemeindefürsener, Abbau der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
2. Alle auf Grund dieser Notverordnung geleisteten Zahlungen sind zurückzuerhalten.

3. Alle gekürzten Unterhaltungsbeiträge sind nachzuschließen.

4. Alle Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Bestimmungen dieser Notverordnung zur Wehr gesetzt haben und ihre Durchführung verweigert haben oder verweigern, sind sofort aufzuheben.

Einstellung der Youngzahlungen

Der Reichstag wolle beschließen: Alle Zahlungen auf Grund des Youngplanes sind mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Sofortige Aufhebung des RFB-Verbots

Der Reichstag wolle beschließen: Die auf Veranlassung des früheren Reichsinnenministers Sauerberg erfolgten Verbote des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Jungmänner und der Antifaschistischen Jungen Garde sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen.

Winterbeihilfe für alle Notleidenden

Der Reichstag wolle beschließen: In Anbetracht der ungeheuren Notlage wird die Reichsregierung aufgefordert, den Erwerbslosen, Sozial- und Rentnern sowie allen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe aus den Mitteln des Reiches auszusprechen. Die Winterbeihilfe beträgt für die Hauptunterstützungsempfänger 40 Reichsmark, für jeden Unterhaltungsberechtigten 12 Mark. Empfänger von Waisenrente erhalten 12 Mark.

Böckels Vertrauensfrage

Dresden, den 14. Oktober

Näher rückt der Tag, an dem die SPD-Führer ihre Koalitionsehe mit dem Brüning-Kabinett befehlen werden. Es wird ein Tag der Ernüchterung für die sozialdemokratischen Wähler sein, wo auch sie erkennen, daß es nur eine Klassenkampfpartei in Deutschland gibt: die KPD. Noch gestern schreibt Herr Böckel in der Chemnitzer Volkstimme:

„So hat keinen Zweck mehr, um diese Dinge herumzureden. Was die Regierung Brüning tut, ist schlimmer als was eine Regierung mit Unterstützung der Nationalsozialisten je tun könnte.“

Und politisch? Ist nicht der ganze Weg dieser Regierung bis zum heutigen Tage eine dauernde Verletzung der Demokratie und der Verfassung gewesen? Hat sie nicht das Parlament seiner Bewegungsfreiheit beraubt, so daß heute die Bestimmungen des souveränen Volkparlamentes, wenn man in das Innere der Abgeordneten blickt und ihre parlamentarische Haltung damit vergleicht, zu einer Farce geworden sind? Kapitalistische Diktatur mit einem parlamentarischen Mäntelchen — das ist die Signatur der Regierung, die heute vor den Reichstag tritt.“

Wahrscheinlich, kapitalistische Diktatur ist das Brüning-Kabinett, und dieser Diktatur wird die „Arbeiterpartei“ der Brüning und Böckel das Vertrauensvotum aussprechen. Aber die SPD-Arbeiter — das sind wir sicher — werden in Scharen zu uns rufen, zur KPD, der einzigen Kämpferin gegen Brüning-Diktatur und Faschismus.

Wieder 350 n.d.e. Hunnarmee

Die Firma Dunemanns Feinindustrie in Groß-Schweidnitz wird Hilgelegt. Zur Entlassung gelangen circa 300 Arbeiter und 50 Angestellte. Die Ursache der Entlassung ist nicht die diesjährige Krise, sondern die Verunsicherung durch die Nationalisierung ihrer Lage, „verbessert“ wurde. Durch die Entlassungen werden sie Lügen gestraft.

Die proletarische Faust in den reaktionären „Interessentenhaufen“!

Uebervölligende Mehrheit für Metallarbeiterstreik

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Zu der von der Funktionärskonferenz der KPD-Betriebe beschlossenen Urabstimmung liegt aus 192 Betrieben von 276 Betrieben das Ergebnis vor. Es haben 80 673 bis jetzt abgestimmt. Davon wurden für den Streik 64 592 Stimmen und für Annahme des Schiedspruches 14 311 Stimmen abgegeben. Ungültig waren 1770 Stimmen. Aus der noch fehlenden Betrieben wird erst im Laufe des Tages das Ergebnis vorliegen, so daß erst gegen Abend das Endergebnis festgestellt werden kann. In einzelnen Betrieben wurde gestern nicht gearbeitet, so daß heute erst die Urabstimmung in den Betrieben vor sich gehen kann. Im ganzen gesehen, ist aber die Dreiviertelmehrheit für den Streik bei weitem gesichert.

2000 werfen die Broden hin

Berlin, 14. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag früh wurde den Stadt-Arbeitern im Markensender Werk durch Anschlag mitgeteilt, daß die Löhne der Hilfsarbeiter auf Grund des seit dem 5. Oktober bestehenden Tarifzustandes gekürzt werden. Eine kurze Besprechung der Vertrauensleute mit den Betriebsräten ergab den sofortigen

Streik der Belegschaft als Antwort. 2000 Arbeiter traten in den Streik. Die Stadt-Werke in Mariensfelde liegen still.

Die Belegschaft der Hoth-Werke in Reinickendorf hielt seit Sonnabend in passiver Resistenz, weil ein Akkordabbau erfolgte.

Dreiviertel-Mehrheit bei weitem überstritten!

Sachsens Metallarbeiter: Eingerückt in die Kampffront!

Der Zentral-Kampfausschuh der Berliner Metallarbeiter, der unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition steht, hat in seiner gestrigen Tagung den Berliner Metallarbeiterstreik beschlossen. Heute sollen in den Betrieben und Abteilungen bei Beginn der Arbeitstage Versammlungen stattfinden, die den sofortigen Streik beschließen und Streikleistungen wählen. Die Belegschaften treten darauf in den Kampf.

Heute Massenaufmarsch!

19 Uhr Freiburger Platz, Protest gegen Leipziger Racheprozeß!
20 Uhr im Kristallpalast, Reichwehrosoldat Mehlhorn spricht!